

## Metallarbeitgeber: Rettungsschirm wegen Coronakrise verbessern



--	--

--	--

Die Metallarbeitgeber in der Region drängen angesichts des von der Corona-Krise ausgelösten massiven wirtschaftlichen Einbruchs auf Verbesserungen beim Rettungsschirm der Bundesregierung. Denn viele mittelständische Betriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern drohen durch das Netz der Unterstützungsmaßnahmen des Bundes zu fallen, heißt es in einer Pressemitteilung von Südwestmetall.

„Damit kein Missverständnis entsteht: Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung mit einem gewaltigen Rettungspaket die Unternehmen stabilisieren will. Allerdings tut sich zwischen den Sofortzuschüssen für Kleinstunternehmen und den direkten Kapitalspritzen für große Unternehmen noch eine gefährliche Lücke bei mittelständischen Unternehmen auf“, sagte der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, Markus Fink, am Freitag in Villingen-Schwenningen: „Denn die Liquiditätslücke bei mittelständischen Unternehmen kann bei Umsätzen nahe Null und unsicherer Perspektive in vielen Fällen nicht mit Kreditprogrammen im banküblichen Verfahren geschlossen werden. Der Staat muss deshalb umgehend auch den Mittelstand mit direkten Zuschüssen unterstützen.“

Inzwischen scheine auch in der Großen Koalition das Bewusstsein zu wachsen, dass hier Abhilfe geschaffen werden muss, so Fink: „Wir hoffen, dass nun auch rasch Taten folgen werden.“ Die Politik sollte dann auch ermöglichen, dass die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Hilfskredite für Unternehmen in einem gewissen Rahmen zu 100 Prozent garantiert, forderte er. So wie es beispielsweise im Moment die Schweiz mache.

„Denn bei den zu 80 oder 90 Prozent garantierten KfW-Krediten sind die Hausbanken verpflichtet, die Bonität des Kreditnehmers mit Maßstäben wie zu Vor-Krisenzeiten zu prüfen. Die Bonität der Unternehmen hat sich durch die heftige Wirtschaftskrise jedoch meistens verschlechtert, so dass die Banken dann Kreditanträge nicht selten ablehnen müssen. Damit läuft der Rettungsschirm vielfach ins Leere.“ Als weiteres Problem erweise sich hier auch, dass die Banken Sicherheit für den gesamten Kredit verlangen müssen, obwohl er zu 80 bis 90 Prozent von der KfW garantiert wird. „Auch das muss dringend geändert werden“, unterstrich der Arbeitgebervertreter.

Wenn es nicht gelinge, die Unternehmen schnell mit ausreichender Liquidität zu versorgen, käme es unweigerlich zu einer Insolvenzwelle, warnte der der Bezirksgruppen-Geschäftsführer. Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) drohe jedem zehnten mittelständischen Unternehmen die Pleite. „Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Man darf zudem nicht vergessen: Wenn ein Unternehmen durch Insolvenz ausfällt, reißt es nicht selten Löcher in die gesamte Lieferkette und beeinträchtigt eine Vielzahl weiterer Unternehmen. Deshalb muss der Rettungsschirm jetzt schnell nachgebessert werden.“

Gut sei, dass nun auch die Baden-Württembergische Landesregierung mit einem eigenen Programm helfen wolle, die Lücke bei der Unterstützung für Mittelständler zu schließen, lobte Fink.